

6. Dezember 2011

**Antrag-Entwurf  
der Mitglieder der Bezirksversammlung  
Jürgen Warncke, Michael Ludwig-Kircher, Christine Posner,  
Carsten Heeder, Leni Melzer, Brigitte Markwardt,  
Sven Freericks, Jan Wegener (SPD) und Fraktion**

**Erhalt wichtiger Stadtteilprojekte langfristig sichern und Finanzierung neu strukturieren**

Einerseits bedingt durch die Kürzungen der Bundesebene im Bereich der Arbeitsmarktpolitik, andererseits bedingt durch die Umsteuerung des Hamburger Senats in der Arbeitsmarktpolitik, nach der Arbeitsgelegenheiten nur noch für solche Personen vorgehalten werden sollen, die über „multiple Vermittlungshemmnisse“ verfügen, stehen zahlreiche Stadtteilprojekte, die bisher mit Arbeitsgelegenheiten (AGH) betrieben wurden, vor großen Problemen. Diese Situation ist vor Ort äußerst misslich, da es sich häufig um Projekte handelt, die für die Infrastruktur ohnehin sozial benachteiligter Quartiere eine unverzichtbare Rolle spielen.

Zudem ist durch das Interessenbekundungsverfahren für die verbleibenden AGH, in dem für die Bezirke ein Mitspracherecht bei der Vergabe vorgesehen wurde, ein hohes Maß an Frustration in den Bezirken entstanden da diese das Mitspracherecht effektiv nicht ausüben konnten, weil sehr viele eingereichte AGH bereits aufgrund der rechtlichen Vorprüfung ausgeschieden waren.

Vor diesem Hintergrund begrüßt die Bezirksversammlung Wandsbek die kurzfristige Einrichtung des „Überbrückungsfonds` Stadtteilarbeit“, aus dem zunächst vollkommen unverzichtbare Projekte übergangsweise finanziert und somit extreme Härten in den Stadtteilen aufgefangen werden können. Um jedoch auch langfristig eine Perspektive für unverzichtbare Stadtteilprojekte zu erreichen, bedarf es einer grundsätzlichen Veränderung von deren Finanzierungsstruktur.

**Vor diesem Hintergrund beschließt die Bezirksversammlung Wandsbek:**

1. Die Bezirksversammlung Wandsbek begrüßt die Umsteuerung in der Arbeitsmarktpolitik, bei der für die Vergabe der Arbeitsmarktmittel die persönliche, soziale und berufliche Perspektive der Arbeitssuchenden zukünftig an erster Stelle stehen soll.
2. Vor dem Hintergrund der Bundeskürzungen und der oben beschriebenen Umsteuerung in der Hamburger Arbeitsmarktpolitik werden die zuständigen Fachbehörden gebeten, ein tragfähiges Finanzierungskonzept für bestehende unverzichtbare Stadtteilprojekte zu erarbeiten. Hierbei muss es zum einen darum gehen, solche Aufgaben, die bereits jahrelang durch Teilnehmer in einer AGH ausgeführt werden, durch die Nutznießer (wie z.B. Kirchen, SAGA/GWG, Schulbehörde) in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu

überführen. Zum anderen jedoch müssen solche unverzichtbaren Projekte, für deren Betrieb es offensichtlich keine Alternative mit Mitarbeitern vom ersten Arbeitsmarkt gibt, in eine langfristige Finanzierungsstruktur überführt werden, die unabhängig von Arbeitsmarktmitteln ist.

3. Die zuständigen Fachbehörden werden gebeten, für die verbleibenden Arbeitsgelegenheiten ein Vergabeverfahren zu entwickeln, welches
  - erstens eine längere Dauer der AGH für die teilnehmenden Langzeitarbeitslosen ermöglicht,
  - zweitens eine stärkere politische Steuerung der Inhalte der AGH und
  - drittens eine effektivere Beteiligung der Bezirke an der Auswahl der AHG beinhaltet.
  
4. Die BASFI wird gebeten, gemeinsam mit der Arbeitsagentur Hamburg und Jobcenter team.arbeit.hamburg ein Verfahren zu entwickeln, welches gewährleistet, dass die Bezirke auf die Arbeitsgelegenheiten, die sich aus den zusätzlichen Mitteln für 2012 für den Eingliederungstitel ergeben, einen prioritären Zugriff erhalten.